Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Verwaltung der Kommunen während Corona durch Eilentscheidungen

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Landkreisen wurden wegen „Corona“ Kreistagssitzungen abgesagt?
2. Wie viele Eilentscheidungen wurden nach § 41 Absatz 4 Landkreisordnung in jeweils welchem Landkreis seit einschließlich März diesen Jahres getroffen (bitte auflisten)?
3. In welchen Landkreisen wurden wie viele Sitzungen gemäß dem neu eingefügten § 32 a Landkreisordnung für Baden-Württemberg ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum bereits abgehalten (gemäß Absatz 3) bzw. wie viele Landkreise haben ihre Hauptsatzung bereits geändert oder dies in absehbarer Zeit geplant, um die neue gesetzliche Regelung dauerhaft nutzen zu können?
4. Gab es in diesem Jahr Widersprüche von Landräten gegen Beschlüsse der Kreistage nach § 41 Absatz 2 bzw. Absatz 3 Landkreisordnung (bitte auflisten)?
5. Wie viele Eilentscheidungen wurden nach § 43 Absatz 4 Gemeindeordnung in welchen Gemeinden seit einschließlich März diesen Jahres getroffen (bitte auflisten)?

25. 06. 2020

Dr. Podeswa AfD

Begründung

Aufgrund von Einschränkungen wegen „Corona“ bzw. wegen der Corona-Verordnungen wurden teils kommunale Sitzungen abgesagt. Stattdessen trafen Landräte und Bürgermeister bei „dringenden Angelegenheiten“ alleine Entscheidungen nach § 41 Absatz 4 Landkreisordnung bzw. nach § 43 Absatz 4 Gemeindeordnung.

Da mit diesem Mittel teils Landräte bzw. Bürgermeister die alleinige Kontrolle über umfangreiche Mittel haben, ist eine besondere Kontrolle dieser Entscheidungsart nach Auffassung des Fragestellers notwendig. Es ist daher für die Öffentlichkeit von Interesse – auch zu Vergleichszwecken – in welchem Umfang von diesen Mitteln in den einzelnen Landkreisen bzw. Gemeinden Gebrauch gemacht wurde.

Antwort

Mit Schreiben vom 21. Juli 2020 Nr. 2-0141.5/16/8332 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. In welchen Landkreisen wurden wegen „Corona“ Kreistagssitzungen abgesagt?

Zu 1.:

Der Landesregierung liegen zu den erfragten Angaben keine eigenen Erkenntnisse vor. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration hat deshalb eine Umfrage bei den 35 Landkreisen zu den Fragen 1 bis 4 durchgeführt.

Nach Mitteilung der Landkreise wurden seit Anfang März 2020 im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in folgenden Landkreisen Kreistagssitzungen abgesagt oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben:

Alb-Donau-Kreis	2 Sitzungen
Biberach	1 Sitzung
Bodenseekreis	1 Sitzung
Böblingen	2 Sitzungen
Breisgau-Hochschwarzwald	1 Sitzung
Calw	1 Sitzung
Emmendingen	–
Enzkreis	3 Sitzungen
Esslingen	2 Sitzungen
Freudenstadt	1 Sitzung
Göppingen	1 Sitzung
Heidenheim	1 Sitzung
Heilbronn	1 Sitzung
Hohenlohekreis	2 Sitzungen
Karlsruhe	–
Konstanz	1 Sitzung
Lörrach	–
Ludwigsburg	1 Sitzung
Main-Tauber-Kreis	1 Sitzung
Neckar-Odenwald-Kreis	–
Ortenaukreis	1 Sitzung

Ostalbkreis	1 Sitzung
Rastatt	1 Sitzung
Ravensburg	1 Sitzung
Rems-Murr-Kreis	–
Reutlingen	1 Sitzung
Rhein-Neckar-Kreis	1 Sitzung
Rottweil	1 Sitzung
Schwäbisch Hall	1 Sitzung
Schwarzwald-Baar-Kreis	–
Sigmaringen	1 Sitzung
Tübingen	1 Sitzung
Tuttlingen	–
Waldshut	1 Sitzung
Zollernalbkreis	–

2. Wie viele Eilentscheidungen wurden nach § 41 Absatz 4 Landkreisordnung in jeweils welchem Landkreis seit einschließlich März diesen Jahres getroffen (bitte auflisten)?

Zu 2.:

Nach Mitteilung der Landkreise wurden seit Anfang März 2020 wie folgt Eilentscheidungen durch die Landrätinnen und Landräte nach § 41 Absatz 4 der Landkreisordnung (LKrO) getroffen:

Alb-Donau-Kreis	4 Entscheidungen
Biberach	16 Entscheidungen
Bodenseekreis	11 Entscheidungen
Böblingen	2 Entscheidungen
Breisgau-Hochschwarzwald	6 Entscheidungen
Calw	6 Entscheidungen
Emmendingen	3 Entscheidungen
Enzkreis	15 Entscheidungen
Esslingen	20 Entscheidungen
Freudenstadt	6 Entscheidungen
Göppingen	11 Entscheidungen
Heidenheim	5 Entscheidungen
Heilbronn	9 Entscheidungen
Hohenlohekreis	16 Entscheidungen
Karlsruhe	19 Entscheidungen
Konstanz	10 Entscheidungen
Lörrach	4 Entscheidungen
Ludwigsburg	12 Entscheidungen
Main-Tauber-Kreis	10 Entscheidungen
Neckar-Odenwald-Kreis	3 Entscheidungen
Ortenaukreis	7 Entscheidungen
Ostalbkreis	17 Entscheidungen

Rastatt	4 Entscheidungen
Ravensburg	–
Rems-Murr-Kreis	5 Entscheidungen
Reutlingen	6 Entscheidungen
Rhein-Neckar-Kreis	8 Entscheidungen
Rottweil	8 Entscheidungen
Schwäbisch Hall	8 Entscheidungen
Schwarzwald-Baar-Kreis	3 Entscheidungen
Sigmaringen	1 Entscheidung
Tübingen	4 Entscheidungen
Tuttlingen	7 Entscheidungen
Waldshut	13 Entscheidungen
Zollernalbkreis	11 Entscheidungen

3. *In welchen Landkreisen wurden wie viele Sitzungen gemäß dem neu eingefügten § 32 a Landkreisordnung für Baden-Württemberg ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum bereits abgehalten (gemäß Absatz 3) bzw. wie viele Landkreise haben ihre Hauptsatzung bereits geändert oder dies in absehbarer Zeit geplant, um die neue gesetzliche Regelung dauerhaft nutzen zu können?*

Zu 3.:

Nach Mitteilung der Landkreise wurden bisher keine Kreistags- und Ausschusssitzungen nach § 32 a LKrO ohne persönliche Anwesenheit der Gremiumsmitglieder im Sitzungsraum durchgeführt.

Eine Änderung der Hauptsatzung, um Sitzungen nach § 32 a LKrO auf Dauer einzuführen, ist noch in keinem Landkreis erfolgt. In den Landkreisen Calw, Göppingen, Konstanz, Lörrach, Ludwigsburg, Ortenaukreis, Rastatt, Rhein-Neckar-Kreis und Reutlingen ist eine Regelung durch Hauptsatzung bis Ende des Jahres 2020, in den Landkreisen Esslingen und Rems-Murr-Kreis bis spätestens Juli 2021 geplant. In den Landkreisen Breisgau-Hochschwarzwald, Enzkreis, Heilbronn, Hohenlohekreis, Karlsruhe, Neckar-Odenwald-Kreis, Ravensburg, Schwäbisch Hall, Tübingen, Tuttlingen und Zollernalbkreis bestehen diesbezügliche Überlegungen.

4. *Gab es in diesem Jahr Widersprüche von Landräten gegen Beschlüsse der Kreistage nach § 41 Absatz 2 bzw. Absatz 3 Landkreisordnung (bitte auflisten)?*

Zu 4.:

Nach Mitteilung der Landkreise gab es im Jahr 2020 keine Widersprüche der Landrätinnen und Landräte gegen Beschlüsse des Kreistags oder der beschließenden Ausschüsse nach § 41 Absatz 2 und 3 LKrO.

5. *Wie viele Eilentscheidungen wurden nach § 43 Absatz 4 Gemeindeordnung in welchen Gemeinden seit einschließlich März dieses Jahres getroffen (bitte auflisten)?*

Zu 5.:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor. Auf eine Umfrage bei den 1.101 Gemeinden des Landes wurde wegen des erheblichen Aufwands verzichtet.

Nach Einschätzung des Städtetags, beruhend auf einer Besprechung der Hauptamtsleiter großer Städte am 2. Juli 2020, sind die Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister grundsätzlich bestrebt, Eilentscheidungen zu vermeiden. Das gelte auch für den Zeitraum der Corona-Krise.

Wenn es die Umstände zuließen, seien erforderliche Entscheidungen daher durch die Gemeinderäte in Sitzungen mit reduzierter Teilnehmerzahl bzw. im Umlaufverfahren getroffen oder auf spätere Zeitpunkte verschoben worden. Vom Eilentscheidungsrecht sei folglich nur sehr verhalten Gebrauch gemacht worden; selbst in Großstädten habe es seit März teilweise keine einzige Eilentscheidung gegeben.

Nach Einschätzung des Gemeindetags aufgrund einer kurzfristigen Umfrage bei repräsentativ ausgewählten Gemeinden wurden Eilentscheidungen von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern eher selten getroffen.

In Vertretung

Schütze

Ministerialdirigent